

viel sagen, daß die Steuersenkung 1,5 Milliarden Mark beträgt und daß außerdem für Arbeitsbeschaffung, für Lohnprämien, als Subventionen, Kredite, Garantien aller Art weit über 1 Milliarde Mark der Wirtschaft zufließen soll. Wie sich diese Beträge als Kaufkraft auswirken werden, ob nur teilweise, ob vollständig oder gar vervielfacht, das läßt sich nicht voraussagen. Ihr Sinn ist zwar überall der, Arbeitslose wieder der Beschäftigung zuzuführen und sie damit auch zu stärkeren Konsumenten zu machen; in welchem Maße dies glückt, kann nur die Entwicklung selber zeigen.

Wohl aber lassen sich von einer anderen Seite her Berechnungen anstellen über die Umschichtung der Massenkaukraft und über die markt-mäßigen Auswirkungen auf den Bedarf. Denn es ist durch die Bestimmung der Notverordnung sehr fraglich geworden, ob selbst eine stärkere Abnahme der Arbeitslosigkeit identisch ist mit einem wesentlichen Anwachsen der Massenkaukraft.

#### Lohnprämien und Tarifsenkungen

Der umstrittenste Teil des Wirtschaftsprogramms ist der, der die Subventionierung aller der Betriebe regelt, die neue Arbeitskräfte einstellen. Pro neu eingestellten Arbeitnehmer und pro Vierteljahr erhält jeder Betrieb eine Subvention von 100 Mark. Daß sich diese Subventionen auf die Kaufkraft direkt auswirken, ist nicht sehr wahrscheinlich, sie sind eher als eine Chance für die Unternehmer zu betrachten, die Unkosten des Betriebes geringer zu halten. Die Neueinstellung von Arbeitskräften würde bei Beginn der Wirtschaftsbelebung zum allergrößten Teil sicherlich auch ohnehin erfolgen; zudem ist die Konstruktion der Ausgabe von Lohnprämien insofern verfehlt, als, was allerdings mit fast jeder Subvention verbunden ist, unrationell und unsozial geführte Unternehmungen bedeutend stärker subventioniert werden als solche Betriebe, die durch Einführung von Kurzarbeit und durch andere Maßnahmen ihre Arbeiterzahl auch während der Krise verhältnismäßig hochgehalten haben. Es ist nicht unmöglich, daß diese Unternehmungen sogar unter der Konkurrenz der stärker subventionierten Betriebe zu leiden haben, so daß das Endresultat dieser Maßnahmen gar keine Verringerung der Arbeitslosigkeit, sondern nur eine Verschiebung bedeutet.

Außer den Lohnprämien erhält der Unternehmer einen zweiten Anreiz zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl dadurch, daß bei Neueinstellung von Arbeitern Tarifabschläge erlaubt sind. Je nach der Quote der Mehreinstellungen dürfen die Tarife für die 31. bis 40. Arbeitsstunde bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Das bedeutet, daß bei einer Erhöhung der Belegschaft um 25 Prozent  $12\frac{1}{2}$  Prozent der tariflichen Löhne



**Die Cigaretten-Industrie plakatiert**

denn das Plakat an den Säulen und Tafeln mitten im Verkehrsstrom ist der sicherste Weg zu der breiten Schicht der Verbraucher

**STÄDTE-REKLAME**  
DEUTSCHLANDS GRÖSSTES PLAKATANSCHLAG-UNTERNEHMEN

eingespart werden. Die Regierung meint, daß durch diese Maßnahmen zwar der Lohn des einzelnen Arbeiters gekürzt würde, daß aber die ausgezahlte Gesamtlohnsumme und somit die Gesamtkonsumkraft der Arbeiterschaft jedes Betriebes erhöht würde. Exakte Berechnungen zeigen, daß dies durchaus nicht der Fall zu sein braucht.

Ein Betrieb, der bisher 48 Stunden in der Woche gearbeitet hat, mit einer Beschäftigtenzahl von 200 und einem durchschnittlichen Stundenlohn von 1 Mark, hat bisher wöchentlich eine Lohnsumme von 9600 Mark ausgezahlt. Um in die Vergünstigung der Tarifsenkung zu kommen, muß der gleiche Betrieb 25 Prozent Arbeiter mehr einstellen und die Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden herabsetzen. Er darf dann die Löhne um  $12\frac{1}{2}$  Prozent kürzen. Er zahlt nun also an 250 Arbeiter, die je 40 Wochenstunden arbeiten, pro Stunde 87,5 Pfennig. Die Gesamtlohnsumme beträgt jetzt 8750 Mark. Die mit Neueinstellungen verbundenen Lohnsenkungen wirken sich in diesem Falle also nicht, wie die Regierung behauptet, in einer Erhöhung der Gesamtlohnsumme, sondern in einer wesentlichen Senkung aus. Trotz Verminderung der Arbeitslosigkeit um 50 Personen wird die Lohnsumme der 250 Per-